Helaba

Im Fokus: Länder & Devisen
4. März 2026

Prognose Update USA: Konjunktur läuft, aber…

Die US-Wirtschaft bleibt trotz der chaotischen Wirtschaftspolitik der Regierung Trump auf Wachstumskurs. Dies reflektiert jedoch zum Teil eine nicht nachhaltige, expansive Finanzpolitik und einen KI-Boom, über dessen Dauer selbst Experten keine feste Aussage wagen.

„It's an illegal duty based on wrong-headed economics, it was ineptly designed and incompetently administered, sulkily reversed under belated legal duress and is giving a windfall to exactly the people it was designed to punish."
Alan Beattie (Financial Times) über Trumps Zölle



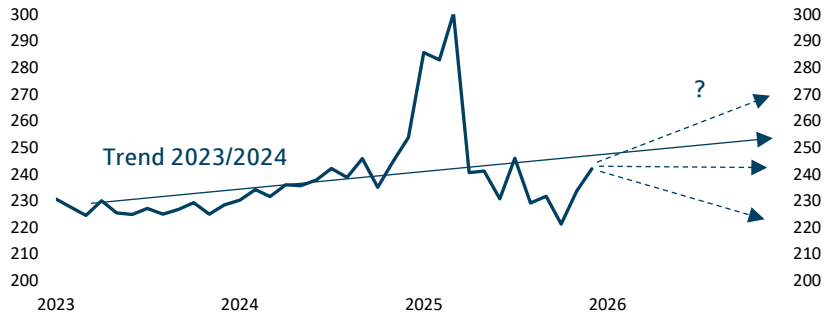
Patrick Franke
Internationale Konjunktur
Tel. 069/91 32-47 38

Mit der Entscheidung des **Obersten Gerichtshofes** (SCOTUS) der USA am 20. Februar zu Präsident Trumps Zöllen von 2025 ist das Thema **„US-Handelspolitik"** wieder in den Fokus gerückt. Wir haben uns bereits an anderer Stelle[1] mit der aktuellen Lage an der Handelsfront auseinandergesetzt. Für die zentralen Größen hinsichtlich des Ausblicks für Konjunktur, Inflation und Fed sind die Auswirkungen des Urteils und Trumps Reaktionen darauf nicht irrelevant, aber erst einmal zweitrangig.

Damit soll die Bedeutung der **Importkapriolen** in den vergangenen zwölf Monaten für die Konjunkturzahlen keineswegs kleingeredet werden. Auf einen Wachstumsbeitrag von -4,7 Prozentpunkten (Jahresrate) im Q1 2025 folgte im Q2 ein Plus von 5 Prozentpunkten. Im zweiten Halbjahr blieben die Wachstumsbeiträge positiv – d.h., die Importkorrektur dauerte nach den kräftigen Vorzieheffekten Ende 2024/Anfang 2025 bis Ende des Jahres an. Im Gesamtjahr legten die realen Warenimporte dank dieser **Vorzieheffekte**, denen bislang **keine entsprechend kräftige Gegenbewegung** folgte, um 2,5 % zu. Bezieht man den Sprung Ende 2024 mit ein, so betrug das Plus der letzten 14 Monate gegenüber der vergleichbaren Vorperiode sogar 6,3 %. Leider bleibt der Pfad der Importe in den kommenden Monaten sehr unsicher – nicht nur wegen der neuen Lage nach dem SCOTUS-Urteil. Dies ist eine **„offene Flanke"**, auch für unsere angepasste Prognose.

Außenhandel bleibt Quelle von Unsicherheit für das Wachstum

Monatliche Warenimporte der USA, real, Mrd. US-Dollar*



* "chained 2017 prices"
Quellen: Macrobond, BEA, Helaba Research & Advisory

Hinsichtlich der **Inflationsperspektiven** ändern die neuen Regelungen bei den Warenzöllen auf kurze Sicht wenig. Welche Zölle nach Ablauf der temporären Maßnahmen in rund fünf Monaten gelten werden, ist – wie gewohnt – unklar. Was sind also die **Faktoren**, die nach unserer Einschätzung in den kommenden Quartalen Wachstum, Teuerung und Geldpolitik bestimmen werden und uns zu einer leichten **Prognoseänderung** bewegt haben?

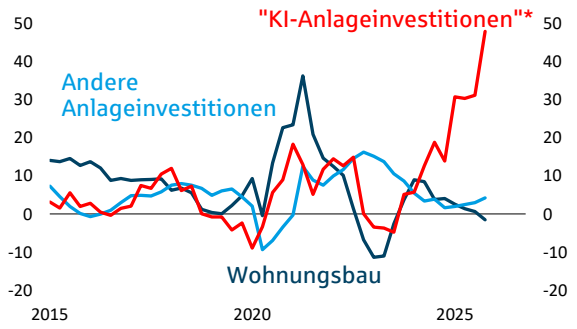
[1] Siehe Im Fokus USA: „US-Zollurteil: Korrektur, kein Kurswechsel" vom 23. Februar 2026

Aktuelle Lage: Geprägt von Handelspolitik, „government shutdown“ und KI-Boom

Die **neuesten Wachstumszahlen** zeigen für Q4 einen annualisierten Vorquartalsanstieg des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von **1,4 %**, deutlich weniger als die 4,4 % im Q3. Die Ursachen sind vielfältig: So zeichnen sich, wie oben beschrieben, die **Importe** dank Trumps Zöllen noch immer durch überdurchschnittliche Volatilität aus. Ebenfalls mit der Handelspolitik verbunden ist die Entwicklung der **Lagerhaltung**. Ende 2024/Anfang 2025 „auf Vorrat“ importierte Waren werden nach und nach verkauft, was temporär das Wachstum dämpft.

KI-Boom geht durch die Decke

Nominale private Anlageinvestitionen, % gg. Vj.

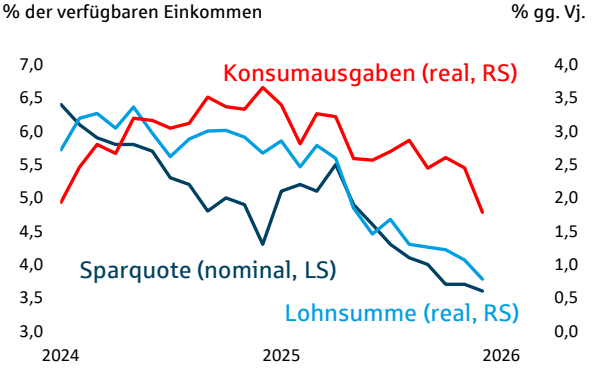


*"Computers & peripheral equipment", "Communications equipment" und "Structures: data center". Im Q4 2025 waren dies 541 Mrd. USD (Jahresrate).
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Wichtiger war im Q4 aber der **„government shutdown“**. Da die Ausgaben der Bundesregierung stärker fielen als gedacht, war auch der Wachstumsbeitrag des Staates mit fast **-1 Prozentpunkt** negativer als erwartet. Dieser Faktor wird sich aber im Q1 2026 ins Gegenteil verkehren und das Wachstum stützen.

Im Privatsektor bleiben die **Wohnungsbauinvestitionen** schwach, selbst nominal ist die Vorjahresrate im Q4 unter die Nulllinie gefallen. Die **KI- und High-Tech-Investitionen** boomen – im Q4 beschleunigten sie sich sogar noch einmal spürbar, trotz der schon enormen Dynamik. Die Vorjahresrate liegt jetzt bei fast 50 %. Dagegen fallen die **anderen Anlageinvestitionen** deutlich ab. Hier ist die Vorjahresrate zuletzt zwar leicht gestiegen (Schaubild). Es ist allerdings noch zu früh zu sagen, ob dies den Beginn eines neuen, breiteren Investitionszyklus markiert.

Privater Konsum verliert an Schwung



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Während die **privaten Konsumausgaben** im Q4 insgesamt real noch um 2,4 % (annualisierte Vorquartalsrate) zulegten, war der Dezember schwach. Im Januar dürfte der Konsum – nicht zuletzt wegen des besonders kalten, schneereichen Wetters – real gefallen sein. Die Autoverkäufe blieben um 7,5 % hinter dem Dezemberwert zurück und waren mit 14,8 Mio. (Jahresrate) so niedrig wie seit der Phase des „Inflationsschocks“ Ende 2022 nicht mehr. Hier macht sich bemerkbar, dass die **Realeinkommen** spürbar an Fahrt verloren haben. Die Haushalte versuchen, dies über eine niedrigere Sparquote zu kompensieren. Sie erreichte im Dezember mit 3,6 % den tiefsten Stand seit dem Inflationsschub im Herbst 2022. Der Spielraum für weitere Impulse aus dieser Richtung ist also beschränkt.

Ausblick erstes Halbjahr: Gut, dank zusätzlichem Stimulus

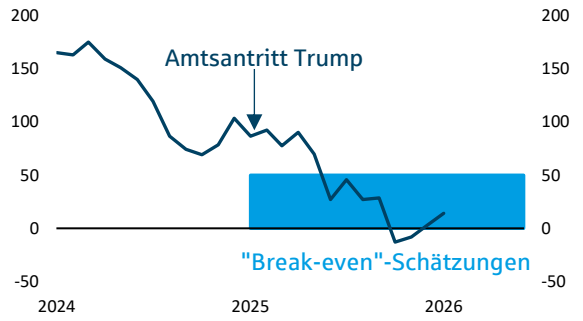
Mit der Hilfe eines deutlich positiven **Impulses von den Staatsausgaben** nach dem Ende des „government shutdown“ sollte der Start ins Jahr aber trotzdem recht robust ausfallen. Der **KI-Boom** läuft. Neu hinzu kommt nun die Hoffnung auf einen **Aufschwung** im lange dümpelnden, **breiteren Industriezyklus**. So ist der ISM-Einkaufsmanagerindex für die Industrie im Januar auf den höchsten Stand seit dem Sommer 2022 gesprungen. Dies war zwar angesichts der weitgehend negativen Kommentare von Umfrageteilnehmern etwas überraschend, aber offenbar nicht nur möglichen Lieferverzögerungen im Zuge des schlechten Wetters geschuldet. Auch die Produktions- und Auftragseingangskomponenten verzeichneten im Januar deutliche Anstiege. Die Februardaten und auch andere Indikatoren bestätigen dieses Bild. Unter den regionalen Indizes hat der Indikator für die Region Chicago spürbar auf der oberen Seite überrascht. Tatsächlich scheint es sich um ein globales Phänomen zu handeln, wie **ähnlich positive Signale aus Deutschland** und anderen Ländern nahelegen.

Im Frühjahr steht dann Hilfe für die Finanzen der privaten Haushalte an. Auf Basis von Donald Trumps „Big Beautiful Bill“ werden im Zuge der **Steuerrückzahlungen** rund um den „tax day“ am 15. April umfangreiche Erstattungen von Einkommensteuern erwartet. Hierzu zählt z.B. die Steuerbefreiung von Trinkgeldern.[2] Dies wird, obwohl ein Einmaleffekt, ein Rückenwind für die verfügbaren Einkommen sein.

Gleichzeitig profitieren Konsumenten und Unternehmen mit den üblichen Verzögerungen von der schneller als erwartet erfolgten **geldpolitischen Lockerung** der Fed, die bis Ende 2025 zu einem merklich expansiveren finanziellen Umfeld geführt hat (siehe S. 5).

Alles war besser unter Präsident Biden?

Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft, gg. Vm. in Tsd.*



*Sechs-Monats-Durchschnitt
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Im ersten Halbjahr stehen also Konjunkturimpulse von der Fiskal- und Geldpolitik an. Davon sollte auch der **Arbeitsmarkt** profitieren, der zuletzt ein Sorgenkind für die Notenbank und eine Bremse für die Haushaltseinkommen war. Allerdings wird kontrovers diskutiert, in welchem Umfang der verhaltene Stellenaufbau auf **Zurückhaltung der Unternehmen**, **Produktivitätsgewinne** durch die KI oder die **Einwanderungs- und Deportationspolitik** des Präsidenten zurückzuführen ist.[3] Klar ist nur, dass es trotz Schlagzeilen über Stellenabbau bei Großunternehmen in der US-Wirtschaft insgesamt bislang **nicht zu nennenswerten Entlassungen** gekommen ist. Eine Ausnahme stellt hier die Bundesregierung dar, die ihre Beschäftigtenzahl seit Anfang 2025 um mehr als 300.000 reduziert hat. Mangels Stellenabbau insgesamt fiel der Anstieg der Arbeitslosenquote im Vergleich zu bisherigen Phasen steigender Arbeitslosigkeit sehr graduell aus.

Das eigentliche Problem ist der **schleppende Aufbau neuer Stellen**. Dies wird aber zu einem guten Teil durch eine wahrscheinlich massive Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses infolge der Einwanderungspolitik kompensiert. Schätzungen für den „break even“-Wert des monatlichen Stellenaufbaus, der zu einer mittelfristig stabilen Arbeitslosenquote passt, sind daher in den Bereich von null bis 50.000 gefallen.

Wegen eines insgesamt stärkeren zweiten Halbjahres 2025 und des soliden Ausblicks für das erste Halbjahr 2026 haben wir, verglichen mit unserem Jahresausblick vom November 2025, die **Wachstumsprognose** für das laufende Jahr leicht auf **2,3 %** angehoben (bisher: 2 %), nach 2,2 % im Vorjahr.

Mittelfristig trübere Aussichten

Mittlerweile stellt der **KI-Sektor** konjunkturell primär ein Abwärtsrisiko dar. Zwar verspricht die Technologie erhebliche **Produktivitätsgewinne** und sie könnte ein Grund sein, warum sich unsere Schätzungen für den Wachstumstrend der US-Wirtschaft von rund 1 ½ % pro Jahr als zu niedrig erweisen könnte. Von einem Investitionszuwachs von +50 % kann es aber auf mittlere Sicht eigentlich nur nach unten gehen. Auch das **Risiko einer plötzlichen Neubewertung der Perspektiven durch den Aktienmarkt** steht im Raum.

Andere Risiken hängen vor allem mit der **erratischen Wirtschaftspolitik** der aktuellen Regierung zusammen. Die **Handelspolitik** bleibt eine Quelle der Unsicherheit. Das Bevölkerungswachstum wird durch die **Einwanderungspolitik** gedämpft – vor allem im Bau und in der Landwirtschaft kann sich der Mangel an Arbeitskräften als Wachstumsbremse bzw. als Preistreiber erweisen. In der **Fiskalpolitik** ist auf Seiten der Regierung kein Problembewusst-

[2] Obwohl dies so klingt, als würden vor allem die unteren Einkommensgruppen profitieren, ist das „BBB“ nicht zu Unrecht als „umgekehrtes Robin Hood“-Gesetz bezeichnet worden, das per saldo von den Armen nimmt und den Reichen gibt.
[3] Siehe hierzu „US-Arbeitsmarkt: Eine aktualisierte Diagnose“ im Wochenausblick vom 20. Februar 2026

sein im Zusammenhang mit den hohen Defiziten und steigenden Schuldenquoten zu beobachten. Die einzige konkrete Aktivität in dieser Hinsicht waren bisher die wiederholten politischen und juristischen **Angriffe auf die Unabhängigkeit der Fed**, mit dem erklärten Ziel, die **Zinsbelastung des Staates** zu reduzieren.

Höheres Potenzialwachstum dank KI?

Produktivität in der Privatwirtschaft, % gg. Vj.



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

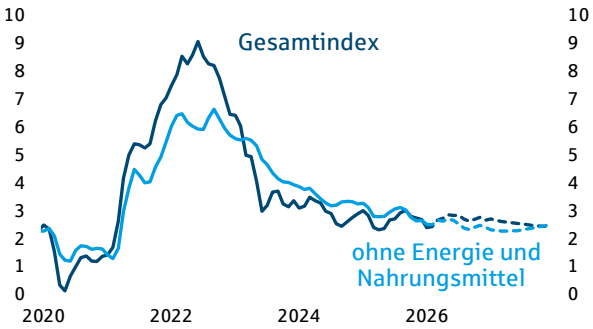
Donald Trump und sein Team preisen gerne ihre Maßnahmen zur **Deregulierung** der US-Wirtschaft. Während die Regulierungsdichte unter der Biden-Regierung zweifellos vielfach zu hoch war, zeichnen sich die aktuellen Schritte in dieser Hinsicht kaum durch ordnungspolitischen Freiheitssinn aus. Stattdessen scheinen **Vetternwirtschaft**, die Bereicherung von Trumps Unterstützern und ein **Vorgehen gegen bestimmte ideologisch unerwünschte Dinge** (erneuerbare Energien, Elektro-Autos, „diversity" u.ä.) im Fokus zu stehen. Ein klares Konzept zum Abbau von unnötigen Wachstumshemmnissen fehlt. Vielfach verfällt man zudem ins andere Extrem: eine **Ablehnung jeglicher staatlichen Eingriffe**. So ist es wenig übertrieben zu sagen, dass man im US-Finanzministerium derzeit „höheres Wirtschaftswachstum" als den mit Abstand wichtigsten Faktor für die Finanzstabilität sieht,[4] und damit Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, als erstrebenswert erachtet, unabhängig von potenziellen Risiken.

Schließlich steht mit den **Kongresswahlen** Anfang November ein Ereignis auf dem Programm, das im schlimmsten Fall zu einer Verfassungskrise führen könnte. Donald Trump hat wiederholt behauptet, dass die Demokraten Wahlen nur durch Betrug gewinnen können. Im Januar 2021 hatten seine Anhänger – vergebens – versucht, den Machtwechsel mit Gewalt zu verhindern. Diesmal besteht eine nennenswerte Gefahr, dass die Regierung entweder versucht, den Wahlausgang zu manipulieren oder ein für sie ungünstiges Resultat nicht anerkennt. Dies würde einen entscheidenden Standortvorteil der USA – die **Rechtsstaatlichkeit** – unterminieren.

Aufgrund dieser politischen Risiken und den wachstumsschädlichen Aspekten der Regierungspolitik liegt unsere Prognose für den Anstieg des BIP **2027 mit 1,5 %** deutlich unter dem Wert für 2026. Dabei ist die KI-Technologie gleichzeitig ein Abwärts- und das mit Abstand wichtigste Aufwärtsrisiko für diese Prognose.

Inflation auf absehbare Zeit bei 2 % bis 3 %

Verbraucherpreise, % gg. Vj.*



*Prognosen ab Februar 2026.
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Inflation: Nach wie vor durchwachsen

Die **Teuerung** bleibt dank Donald Trumps **Zöllen** hoch, zu hoch für den Geschmack der Fed. Zwar gehen die Einschätzungen über das Timing auseinander – und die Unsicherheit wurde durch das jüngste Urteil des Supreme Court zur Handelspolitik nicht gemindert. Allgemein wird aber erwartet, dass die **Überwälzung** von Zöllen in den kommenden Monaten weitergeht, aber zunehmend abklingt. Im Januar lag die Teuerungsrate bei 2,4 %, die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) bei 2,5 %.

Bis zum Jahresende wird sich unter dem Strich an diesen Vorjahresraten **wohl wenig ändern**. Wir sehen 2026 **kaum noch Spielraum für Disinflation**. Unter anderem wird Donald Trump im Sommer eine neue Zollrunde starten, da die aktuelle Regelung auf 150 Tage befristet ist. Für das Gesamtjahr 2026 erwarten wir derzeit einen Anstieg des Verbraucherpreisindex um 2,7 %, beim Kernindex um 2,5 %.

[4] Dies war z.B. die klare Botschaft einer Rede von Christina Skinner, Assistant-Deputy of the Treasury, auf einer Konferenz in Frankfurt im Februar.

Gemessen am **von der Fed präferierten Indikator** – dem Preisindex für Konsumausgaben (PCE) – ist die aktuelle Lage noch weniger rosig: Im Dezember 2025 lag die Kernrate hier bei 3,0 %, genau demselben Wert wie ein Jahr zuvor.

Fed: Warten auf Kevin Warsh

Angesichts dieser **durchwachsenen Lage bei der Inflation** könnten derzeit nur **Enttäuschungen am Arbeitsmarkt** kurzfristigen Spielraum für Zinssenkungen eröffnen. Damit rechnen wir jedoch nicht. Auf den kommenden Sitzungen dürfte die Fed daher in **Wartestellung** bleiben und den Zielkorridor für die Federal Funds Rate zunächst bei **3,50 % bis 3,75 %** belassen.

Monetäre Bedingungen deutlich gelockert

Nominaler Monetary Conditions Index (MCI, Dez-95 = 100)



Quellen: Macrobond, Bloomberg, Helaba Research & Advisory

Mit drei 25er Schritten in drei Sitzungen hat sie im Herbst 2025 **schneller agiert** als allgemein erwartet worden war. Aber auch jenseits dieser Zinsschritte ist das Finanzierungsumfeld nun günstiger. Gemessen am Monetary Conditions Index (MCI) ist die Geldpolitik der Fed seit April 2025 kontinuierlich expansiver geworden. Berücksichtigt man den nominalen Charakter[5] des Index, so sind die **monetären Bedingungen** in den USA aktuell vor allem dank gestiegener Aktienkurse und schwachem US-Dollar **so locker wie seit dem Frühjahr 2022 nicht mehr** – einem Zeitpunkt, als der Leitzins noch unter 0,5 % lag.

Zunächst besteht also **kein geldpolitischer Handlungsbedarf**. Im Mai wird Fed-Chef Powell voraussichtlich von **Kevin Warsh** abgelöst. Welchen Einfluss dies auf die Zinsentscheidungen der Fed haben wird, ist kontrovers. Angesichts des Versuchs Donald Trumps, Gouverneurin Lisa Cook zu feuern und der Untersuchungen des Justizministeriums gegen Jerome Powell, dürften die Geldpolitiker mehrheitlich den aggressiv vorgetragenen **Forderungen der Regierung nach niedrigeren Zinsen** wenig „goodwill“ entgegenbringen. Warsh ist für den neuen Job besser qualifiziert als manch andere genannten Kandidaten, aber er wird von seinen zukünftigen Kollegen als „Mann Trumps“ wahrgenommen. Diese Skepsis muss er erst einmal entkräften, um sich im FOMC durchzusetzen. Erschwert würde ihm dies, sollte **Jerome Powell** nicht wie üblich auch seinen Gouverneursposten räumen, sondern als **Mitglied des Board** im FOMC bleiben. Sein entsprechender Vertrag läuft noch bis Januar 2028.

Wahrscheinlich wird Warsh in den kommenden Wochen vom Senat bestätigt, auch wenn es hier noch Hürden zu nehmen gilt. Die Mehrheit der FOMC-Mitglieder sieht das aktuelle Zinsniveau als leicht restriktiv an. Wenn sich die Vorjahresrate des PCE-Index in den kommenden Monaten wie erwartet jener des Verbraucherpreisindex annähert, sollte **die Bereitschaft zu einer weiteren leichten Lockerung** zunehmen. Gleichzeitig wird sich der Arbeitsmarkt aber voraussichtlich stabilisieren, so dass das **zeitliche Fenster** für eine weitergehende geldpolitische Lockerung beschränkt ist.

Wir rechnen im Jahr 2026 mit **einer Zinssenkung um 25 Basispunkte**, wahrscheinlich im Juni. Warsh würde wohl zusammen mit anderen „Tauben“ dafür argumentieren. Für eine Mehrheit der FOMC-Mitglieder dürfte die Lage eine leichte Lockerung zu diesem Zeitpunkt „hergeben“. In den letzten Projektionen vom Dezember hielten allerdings sieben der 19 FOMC-Mitglieder bis Ende 2026 keine weitere Zinssenkung für angemessen. Seitdem war der Informationsfluss zum Arbeitsmarkt eher positiv, vor allem, was die aktuellen Daten angeht.

[5] Wegen des im Zeitablauf steigenden Preisniveaus hat der Index einen säkularen Abwärtstrend. Ein Vergleich mit früheren Perioden muss dies in Rechnung stellen.

US-Dollar: (Handels-) politische Unsicherheiten und Risikostimmung



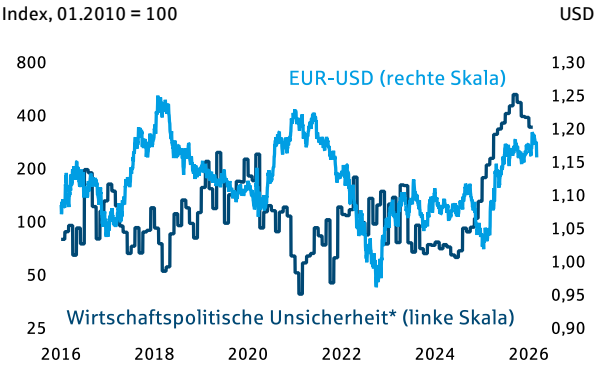
Samuel Will
Devisenstratege
T 069/91 32-74 88

Der **US-Dollar** musste gegenüber dem Euro **2025 das schlechteste Jahr seit 2017** verbuchen. Er verlor gegenüber dem Euro über 13 % an Wert. Anfang dieses Jahres setzte sich der Trend fort und der Wechselkurs stieg zeitweise über 1,20 Dollar pro Euro. Zuletzt erholte er sich im Umfeld der Eskalation im Nahen Osten auf unter 1,16 Dollar pro Euro.

Die Dollar-Schwäche zu Jahresanfang resultiert aus den **Unsicherheiten**, die mit **Trumps Politik** einhergehen. Unklarheiten in der Zollpolitik, der Unabhängigkeit der Institutionen und der geopolitischen Rolle der USA in der Welt haben die Währung geschwächt. Das stellte seine Rolle als Safe-Haven in Frage. In der Vergangenheit flüchteten Anleger in unsicheren Zeiten in den Dollar, in sicheren Zeiten wiederum wurde mehr in andere Währungen investiert. Dieses Muster kehrte sich 2025 im Zuge von Trumps unvorhersehbarer Zollpolitik um. Der Dollar schwächelte, während wirtschaftspolitische Unsicherheiten zunahmen. Die US-Handelspolitik wird wohl volatil bleiben und der beschriebene Zusammenhang voraussichtlich weiterhin bestehen.

Hat der Dollar damit seinen **Safe-Haven-Status** verloren? Diese Frage muss man bei geopolitischen Krisen verneinen. Das zeigen die Kursbewegungen infolge der Militärschläge in Venezuela und dem Krieg im Iran. In beiden Fällen profitierte der Dollar neben anderen Risikoassets wie Gold und dem Schweizer Franken. Es kommt also auf die Art der Krise an. Rein ökonomische Verwerfungen durch Handelskonflikte verursachen nicht die gleiche Reaktion wie Kriege. Inwiefern der Krieg in Nahost den Dollar langfristig stützt, hängt von seiner Dauer ab. Sollte es bei wenigen Wochen bleiben, dürfte der Risikobonus im Jahresverlauf wieder verschwinden.

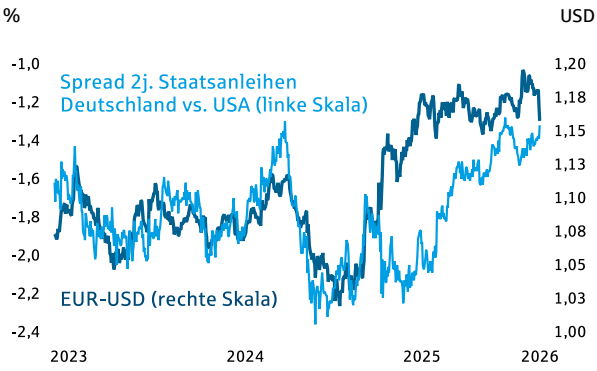
US-Dollar litt 2025 unter Unsicherheiten



*Der Index misst wirtschaftspol. Unsicherheiten in 71 Ländern, gewichtet nach BIP
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Die zweite Sorge an den Devisenmärkten gilt der **Unabhängigkeit der US-Institutionen.** Dem wurde insbesondere im Streit Trumps mit der Fed Ausdruck verliehen und der Befürchtung, dass die Einflussnahme auf die Fed stark zunehmen könnte. In dieser Hinsicht ist die Nominierung von Kevin Warsh für den Dollar positiv zu werten. Dennoch muss der Notenbankpräsident in spe dem US-Präsidenten im Vorfeld glaubhaft versichert haben, die Zinsen senken zu wollen. Da er nach unserer Prognose in diesem Jahr nur eine Zinssenkung im FOMC durchsetzen kann, sind Spannungen zwischen Regierung und Notenbank programmiert. Das wird sich wiederum negativ auf den Dollar auswirken.

Leichter US-Renditevorteil



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Die Dollar-Bewegung wurde neben den politischen Themen auch von fundamentaler Seite getragen. Stärkere **Zinssenkungen** in den USA als in Europa **reduzierten die relative Attraktivität** der Währung. An den Terminmärkten sind aktuell bis zum Jahresende zwei Zinssenkungen um je 25 Basispunkte eingepreist, während von der EZB in diesem Jahr keine Leitzinssenkung erwartet wird. Sollten diese Erwartungen enttäuscht werden, könnte der Dollar profitieren. Dennoch dürfte sich die **Abwertung** im Jahr **2026 fortsetzen**. Trump wird für anhaltende Unsicherheit sorgen und der Dollar in Folge zur Schwäche neigen. Für das Jahresende erwarten wir einen Kurs von 1,25 US-Dollar.

	aktuell*	Q1/26	Q2/26	Q3/26	Q4/26
US-Dollar / Euro	1,16	1,20	1,22	1,23	1,25

* 03.03.2026 Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory

Helaba Konjunkturprognosen USA

		2024	2025	2026	2027	2025		2026			
						Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Privater Verbrauch*	% gg. Vj. bzw.	2,9	2,7	2,1	1,4	3,5	2,4	1,6	2,4	1,4	1,2
	% gg. Vq. saar										
Staatsnachfrage*	% gg. Vj. bzw.	3,8	1,2	1,5	1,2	2,2	-5,1	6,7	1,7	1,4	1,4
	% gg. Vq. saar										
Unternehmensinvestitionen*	% gg. Vj. bzw.	2,9	4,2	3,9	3,5	3,2	3,7	4,0	3,4	4,0	4,2
	% gg. Vq. saar										
Wohnungsbau*	% gg. Vj. bzw.	3,2	-2,2	-1,5	1,6	-7,1	-1,5	-1,2	0,0	1,2	2,8
	% gg. Vq. saar										
Exporte*	% gg. Vj. bzw.	3,6	1,7	0,8	1,7	9,6	-0,9	-2,4	1,2	1,6	1,6
	% gg. Vq. saar										
Importe*	% gg. Vj. bzw.	5,8	2,7	-0,2	3,9	-4,4	-1,3	4,7	5,5	3,8	3,9
	% gg. Vq. saar										
Außenbeitrag*	in %punkten	-0,6	0,6	-0,6	-0,3	1,7	0,1	-1,0	-0,7	-0,4	-0,4
Bruttoinlandsprodukt*	% gg. Vj. bzw.	2,8	2,2	2,3	1,5	4,4	1,4	1,7	2,4	1,8	1,7
	% gg. Vq. saar										
Arbeitslosenquote	%	4,0	4,3	4,4	4,2	4,3	4,5	4,4	4,4	4,3	4,3
Sparquote	%	5,4	4,5	3,5	3,5	4,2	3,6	3,4	3,5	3,6	3,6
Verbraucherpreise	% gg. Vj.	3,0	2,7	2,7	2,5	2,9	2,7	2,5	2,8	2,7	2,7
ohne Energie & Nahrungsmittel	% gg. Vj.	3,4	2,9	2,5	2,3	3,1	2,7	2,6	2,7	2,4	2,4
Leistungsbilanzsaldo	% am BIP	-4,0	-3,6	-3,2	-3,4	-	-	-	-	-	-
Haushaltssaldo**	% am BIP	-6,7	-6,2	-6,8	-6,8	-	-	-	-	-	-

* in chained Dollars von 2017, ** Bundesebene einschl. Sozialversicherungen (NIPA-Abgrenzung), mögliche Rückzahlung der Zölle nicht berücksichtigt, saar = "seasonally adjusted annual rate"
Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory, grau hinterlegte Fläche: Prognose



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin /
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.